

Freiräume verteidigen!

fO. Alternative Wohn- und Freiraumprojekte stehen im Kanton Zürich unter Druck. So wurde im Februar mit dem Kochareal wohl die Besetzung mit der grössten Strahlkraft im Kanton geräumt. Aber auch in Winterthur steht die Bewegung unter Beschuss. Sie kündigt jedoch berechtigten Widerstand an.



Grinsekatzé aus Alice im Wunderland. Man merkt: An der Guisanstrasse 31, oder «Gisi», wie man sie hier in Winterthur nennt, ganz am Rand der Altstadt, kommen Politik und Kunst, Kultur und Bewegung zusammen. Die seit 1997 bestehende Besetzung ist nicht nur Wohnraum für mehrere Personen, sondern, auch Freiraum, alternatives Kulturzentrum und ein politischer Ort. Neben dem offenen Antifa-Treff finden hier Konzerte, Infoveranstaltungen und jeweils am Donnerstag auch einfach ein gemeinsames Beisammensein in der Gisi-Beiz statt. Für die Stadt und besonders für die Linken im Ort ist die Gisi ein zentraler Ort. Einer, den es aber ab 2025 nicht mehr geben soll, wenn es nach der Winterthurer Immobilien-dynastie Stefanini gehen soll.

Steuervermeidungsinstrument

Die Bewohner:innen der besetzten Häuser, die sich in der Häuservernetzung Winterthur organisieren (die Gruppe repräsentiert fast alle selbstverwalteten Häuserprojekte in der Eulachstadt), sind wütend. Am 3. Juli wurden sie von der Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte (SKKG) vorgeladen, um über die weitere Zukunft der sieben besetzten Häuser unterrichtet zu werden, die sich im Besitz der SKKG befinden.

Bei der SKKG handelt es sich im Endeffekt um ein Steuervermeidungsinstrument aus der Feder des Winterthurer Immobilienmoguls Bruno Stefanini. 1980 hatte er die SKKG gegründet und einen Grossteil des Kapitals aus seinem damals schon 40-jährigen Immobilienunternehmen Terresta AG in die Stiftung übertragen. So zahlte Stefanini laut einem Bericht der TV-Sendung «10 vor 10» im Jahr 2002 gerade mal Steuern auf ein Vermögen von 1,6 Millionen Franken und auf ein Einkommen von 200'000 Franken. Und dies, obwohl der Immobilienmogul im Besitz von hunderten Liegenschaften war

(darunter mehrere Schlösser) und die Stiftung gleichzeitig Kunst- und Sammlerobjekten im Wert von rund 500 Millionen Franken besass – darunter so exzentrische Kuriositäten wie Napoleons Testament sowie ein Sondernachlass der Kaiserin Sissi – von denen nur ein kleiner Bruchteil der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

Kuhhandel statt richtiger Lösungen

Doch zurück zum 3. Juli. Bei der Vorladung wurden den Bewohner:innen und Hausbesitzer:innen eröffnet, dass von ihren sieben Häusern drei geräumt werden sollen, und zwar ausgerechnet jene, die am längsten von ihnen bewirtschafteten und in Stand gehalten werden. Betroffen sind die Gisi, das Rattenloch (an der Schaffhausstrasse) und das Sanatorium (an der Zürcherstrasse). Alles Besetzungen mit einer jahrzehntelangen Geschichte in Winterthur.

Den Besetzer:innen ist dabei besonders sauer aufgestossen, dass man versucht einen Keil in die Bewegung zu treiben. Neben den drei zu räumenden Liegenschaften will man nämlich bei der SKKG vier besetzten Häusern einen Nutzungsvertrag geben. Der Autor dieses Artikels sprach Anfang Juli für Radio Stadtfiler mit den Betroffenen. Die Aktivist:innen möchten in diesem Rahmen «Herr und Frau Müller» genannt werden. Sie sagen, dass die Strategie, manche Häuser bestehen zu lassen, während andere geräumt werden sollen, «ein Kuhhandel ist». Oder wie es Herr Müller auf den Punkt bringt: «Das wird ganz klar bei jenen Häusern, bei denen sie eine langfristige Lösung angeboten haben. Sie wollen eben die Häuser räumen, die attraktiven Nutzungsobjekte sind, mit denen sie viel Geld verdienen können.» Klar ist aber auch, dass sich die Bewegung durch die Taktik der SKKG nicht spalten lassen will – und nicht spalten lassen wird.

Es hat sich abgezeichnet

Dass es so kommen würde, hat man aber schon länger geahnt. Mit dem Tod von Bruno Stefanini im Dezember 2018 wurde deutlich, dass es von der SKKG zu einer Aufwertungskampagne kommen wird. Die Zerlotterungsstrategie von Stefanini würde ihr Ende finden. Frau Müller erklärt dazu: «Was wir da gesehen haben, war ein Feigenblatt, um nach aussen zu zeigen, dass man ja schon bereit wäre, gewisse Zugeständnisse zu machen.» Und Herr Müller unterstreicht erneut: «Es ist schon klar, dass die Häuser, die sie räumen wollen, jene sind, mit denen sie wirklich Geld verdienen können!» Auch die Art und Weise der Vorgehensweise der Stefanini-Stiftung stösst den Aktivist:innen auf: «Wir haben jahrelang versucht, mit den Leuten zu verhandeln. Es wurde uns immer signalisiert, dass man nicht mit uns reden will. Und jetzt reden sie von »partizipativ« und so weiter. Aber man sieht es: Die SKKG ist eine Immo-Bude wie jede andere auch», meint Frau Müller im Gespräch. In den letzten Monaten entwickelte die Häuserbewegung in Winterthur grosse Aktivitäten. An den Aktionstagen der Häuservernetzung nahmen hunderte Personen teil.

Nicht aufgegeben

Dabei haben sich die SKKG und die Stadt Winterthur mit der Winterthurer Häuserbewegung eine kampfbereite und erfahrene (siehe Artikel unten) Gegner:in ausgesucht. Schon in den vergangenen Jahrzehnten hat die Winterthurer Polizei immer wieder versucht, die Bewegung der «Wintis» einzuzumachen. Doch in den vergangenen Jahren und vor allem Monaten war die Bewegung immer wieder dazu in der Lage, zu zeigen, dass es eine breite Basis für selbstverwaltete Häuser gibt. So bei den Aktionstagen um Pfingsten. Dazu meint Frau Müller: «Und wir wollen für unsere Projekte kämpfen, wir kämpfen weiter für unsere Häuser.» Herr Müller ergänzt: «Wir werden kämpfen, das gibt Stunk, wie auch immer dies aussehen wird.»

Für uns Kommunist:innen sind solche Bewegungen Ansatzpunkte für gewisse Formen von lokaler linker Politik. Aktuell, wo diese Projekte immer stärker unter Druck geraten und angegriffen werden, sind sie vor allem aber Plattformen, bei denen wir mit anderen linken Kräften Solidarität üben können. Denn eines muss für uns klar sein: Die Angriffe gegen die Häuserprojekte von Autonomen tragen in sich immer noch den antilinken, antikommunistischen Geist, unter dem wir und unsere Genoss:innen jahrzehntelang zu leiden hatten. Sie reihen sich ein, in einen rabiat agierenden Antikommunismus, der alles, was nicht der Allgemeinvorstellung entspricht, zusammenstutzen wollen.

Für euch kein ruhiges Hinterland

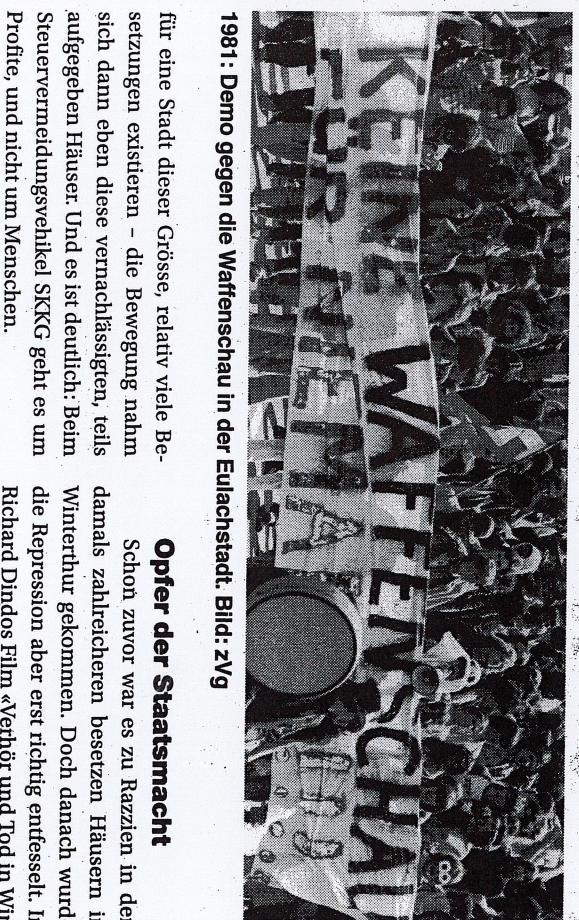
fO. Die Angriffe gegen die Winterthurer Häuserbewegung kommen nicht aus dem Nichts. Ihr Fundament ist eine Geschichte brutalster Repression gegen alles, was für mehr freie Räume kämpft.

September 2013: Tausende versammeln sich in Winterthur am Bahnhofplatz. Die Menschen wollen kämpfen. Für Räume für die Jugend, für Kultur, für mehr Freiheit, weniger Konsum – für Orte, an denen man einfach mit Freund:innen beisammen sein kann, ohne konsumieren zu müssen. Die Stadt – abgenickt von den rot-grünen Stadträt:innen – beschliesst brutalste Repression. Dutzende werden in dieser Nacht verletzt. Mehreren Teilnehmer:innen wird mit Gummischrot ins Gesicht geschossen (auch dem Autor dieser Zeilen wurde in dieser Nacht mit einem Gummischrotschuss aus zehn Metern die Nase gebrochen). Eine junge Frau verliert wegen eines Gummischrotgeschosses auf einem Auge den Grossteil ihrer Sehfähigkeit.

Um Profit, nicht um Menschen

Was die Winterthurer Jugend 2013 versucht hatte, hat ein verschrobener Immobilienmogul schon vorher geboten: Winterthur für sich zu beanspruchen! Er hat dabei halt vermutlich die richtigen Mittel gewählt: Besitz, nicht Mobilisierung; Häuser, nicht Menschen...

Seit Jahrzehnten besitzt die Familie Stefanini unzählige Liegenschaften in der Stadt. Laut der Gruppe «Häuservernetzung» sind es um die 1700 Wohnungen, die in der Stadt von der Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte (SKKG) vermietet werden. Dabei war die Strategie des grössten Winterthurer Immobilienhais denkbar trivial: Alles verlottern lassen (und zwar derart fest, dass Winterthur im Bereich Zwangsauktionen mal laut über eine «Lex Stefanini» nachdachte), dass man mit praktisch keinen laufenden Kosten doch noch Gewinne einfahren kann. Das war dem auch einer der Gründe, wieso in Winterthur



1981: Demo gegen die Waffenschau in der Eulachstadt. Bild: zVg

für eine Stadt dieser Grösse, relativ viele Besetzungen existieren – die Bewegung nahm sich dann eben diese vernachlässigten, teils aufgegeben Häuser. Und es ist deutlich: Beim Steuervermeidungswinkel SKKG geht es um Profite, und nicht um Menschen.

Schon früher mit Gewalt

Als Ende der 1970er-Jahre, Anfang der 80er in Zürich die Häuserbewegung florierete, wurde auch in Winterthur rasch klar: Ebenso will man dem profitorientierten Allgemeinverstand im Immobilienbusiness den Kampf ansagen. Und schon dort wurde deutlich: Man wird in Winterthur alles dagegen tun, damit keine «Zürcher Verhältnisse», wie die Polizei hier sagte, in der Eulachstadt Einkehren würden. Im Endeffekt bedeutete es härteste Repression gegen die Menschen in der Häuserbewegung, die damals auch ins Fadenkreuz geriet, weil sie internationale Solidarität übte. Die erste Repressionswelle gegen die Stadt über die Genoss:innen hinweg, zur Herstellung von schwerem Wasser (eine Notwendigkeit bei der Herstellung nuklearer Waffen) aus dem Hause Sulzer an die argentinische Junta demonstrierten.

Man wird in Winterthur alles dagegen tun, damit keine «Zürcher Verhältnisse», wie die Polizei hier sagte, in der Eulachstadt Einkehren würden. Im Endeffekt bedeutete es härteste Repression gegen die Menschen in der Häuserbewegung, die damals auch ins Fadenkreuz geriet, weil sie internationale Solidarität übte. Die erste Repressionswelle gegen die Stadt über die Genoss:innen hinweg, zur Herstellung von schwerem Wasser (eine Notwendigkeit bei der Herstellung nuklearer Waffen) aus dem Hause Sulzer an die argentinische Junta demonstrierten.